



Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung

50. Sitzung (nicht öffentlich)

23. November 1999

Düsseldorf - Haus des Landtags

9.00 Uhr bis 10.00 Uhr

Vorsitz: Klaus Strehl (SPD)

Stenographin: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkt und Ergebnis:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/4200

Vorlagen 12/2834, 12/2835 und 12/2879

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

Einzelplan 03 - Innenministerium

Einzelplan 15 - Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport

- Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Die Änderungsanträge zum Einzelplan 10 (siehe Vorlage 12/3216) werden wie folgt abgestimmt:

Anträge	Abstimmung	Ergebnis
Nr. 1 (CDU)	mit den Stimmen von SPD und GRÜ-NEN gegen die Stimmen der CDU	abgelehnt
Nr. 2 (CDU)	mit den Stimmen von SPD und GRÜ-NEN gegen die Stimmen der CDU	abgelehnt
Nr. 3 (SPD/GRÜNE)	einstimmig	angenommen
Nr. 4 (SPD/GRÜNE)	einstimmig	angenommen
Nr. 5 (SPD/GRÜNE)	einstimmig	angenommen
Nr. 6 (CDU)	mit den Stimmen von SPD und GRÜ-NEN gegen die Stimmen der CDU	abgelehnt
Nr. 7 (CDU)	mit den Stimmen von SPD und GRÜ-NEN gegen die Stimmen der CDU	abgelehnt
Nr. 8 (CDU)	mit den Stimmen von SPD und GRÜ-NEN gegen die Stimmen der CDU	abgelehnt
Nr. 9 (CDU)	mit den Stimmen von SPD und GRÜ-NEN gegen die Stimmen der CDU	abgelehnt
Nr. 10 (CDU)	mit den Stimmen von SPD und GRÜ-NEN gegen die Stimmen der CDU	abgelehnt

Bezugnehmend auf die Anträge 8 und 9 beauftragt der Ausschuß das Ministerium, bis zur Osterpause 2000 eine Konzeption zum aktiven Lärmschutz zu erarbeiten und das bisher Erreichte zu bilanzieren.

Der Ausschuß **stimmt** in der **Gesamtabstimmung** den in seiner Zuständigkeit liegenden Kapiteln des **Einzelplans 10** - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft - in der vom Ausschuß beschlossenen Fassung mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU zu.

Einzelplan 02 - Kapitel 02 020 Titelgruppe 70 -, **Einzelplan 03** - Kapitel 03 310 - und **Einzelplan 15** - Kapitel 15 100 - werden getrennt abgestimmt und jeweils mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **angenommen**.

Nächste Sitzung: 1. Dezember 1999

Aus der Diskussion

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/4200

Vorlagen 12/2834, 12/2835 und 12/2879

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

Einzelplan 03 - Innenministerium

Einzelplan 15 - Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport

- Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzender Klaus Strehl führt aus, daß der Ausschuß heute abschließend über den Haushalt zu beraten habe; die Beratungsergebnisse müßten dem Haushalt- und Finanzausschuß bis zum 26. November 1999 vorliegen.

Zunächst stehe die Beratung der Änderungsanträge zum **Einzelplan 10** an.

(Die Anträge sind in Vorlage 12/3216 aufgelistet. - Die **Abstimmungsergebnisse** zu den einzelnen Anträgen sind **ausschließlich** im **Beschlußprotokoll** aufgeführt.)

Antrag Nr. 1 (CDU)

Kapitel 10 020 Titel 537 13 - Untersuchungen und gutachterliche Beratungsleistungen im Umweltbereich

Ansatz: 900.000 DM

Hans Peter Lindlar (CDU) führt aus, daß die CDU bereits im vorigen Jahr durch einen Antrag zum Haushalt auf die ungelöste Problematik nicht TASI-gerechter Deponien hingewiesen habe. In diesem Jahr sei nahezu nichts geschehen: Teure Müllverbrennungsanlagen seien nicht ausgelastet, und nicht TASI-gerechte Deponien würden zu Dumpingpreisen verfüllt. Deshalb stelle die CDU in diesem Jahr erneut einen Antrag. Es sei dringend überfällig, gutachterliche Möglichkeiten untersuchen zu lassen, wie die nicht TASI-gerechten Deponien möglichst schnell geschlossen werden könnten, welche finanziellen Auswirkungen das auf die

betroffenen Gebietsträger habe und welche Möglichkeiten es gebe, in die richtige Richtung zu lenken.

Dr. Bernd Brunemeier (SPD) sieht auf diesem Gebiet ebenfalls einen Mißstand. Es sei allerdings die Frage, ob dieser mit Landesmitteln bekämpft werden sollte. Letztlich würden damit Säumige unterstützt. Andere hätten bereits Aktivitäten entwickelt, finanziert und die Gebührenzahler belastet. Da sich die Frage stelle, ob Untersuchungen überhaupt erforderlich seien, interessiere es ihn, ob das Ministerium noch nicht wisse, was getan werden müsse.

StS'in Friedrich (MURL) antwortet, daß sie nicht die dringende Notwendigkeit zusätzlicher Haushaltsmittel für diese Aufgabe sehe. Die Arbeit, wie, unter welchen Bedingungen, in welchen Zeiträumen Altdeponien mit dem Ziel der Einhaltung der TASI geschlossen werden müßten, sei in vollem Gange. Man sei bereits bei der Erarbeitung eines Leitfadens zum Abschluß von Alt- oder nicht TASI-gerechten Deponien und damit längst in einer Phase, diese Erkenntnisse in kooperativen Prozessen umzusetzen.

Johannes Remmel (GRÜNE) ist ebenfalls der Auffassung, daß kein zusätzlicher Bedarf an neuen Untersuchungen vorliege. Vielleicht sei im Vollzug ein Bedarf zu sehen, aber über die Selbstüberwachungsvorschriften könne man die Daten in kurzer Zeit zusammentragen. Dann müsse gehandelt werden. Allerdings frage er sich, ob die CDU bei einem solchen Schritt mitziehe, da gerade CDU-regierte Kommunen betroffen seien.

Hans Peter Lindlar (CDU) meint, daß das Land die betroffenen Kommunen und Gebietskörperschaften an die Hand nehmen müsse; von alleine bewege sich nichts - im Gegenteil! Die Kommunen wollten an ihren Deponien festhalten und sie möglichst lange nutzen, weil die Kostenkalkulation für die Nachsorge dieser Deponien von der kompletten Verfüllung ausgehe. Durch die Diskussion seitens des Ministeriums zur Aufweichung der TASI-Kriterien - wie etwa der "Leitfaden" zu den MBAs - werde diese Hoffnung genährt.

Säumige würden keineswegs belohnt, sondern es handele sich um Deponien, die, als neue Abfallentsorgungsanlagen zu bauen gewesen seien, noch über genügend Deponiekapazitäten verfügt hätten. Nun wollten sie diese Deponien auch füllen, um die jahrzehntelange Nachsorge und Rekultivierung mit diesen Mitteln bezahlen zu können.

Der Abgeordnete bezweifelt, daß die Arbeit des Ministeriums schon sehr weit gediehen sei. Das Land müsse seiner Aufgabe gerecht werden und Lösungen anbieten.

Natürlich werde die CDU, die in fast allen Kreisen und vielen kreisfreien Städten die Mehrheit habe, mit den eigenen Kolleginnen und Kollegen sprechen. Man wisse aber aus Gesprächen, daß auch diese nach Lösungen suchten. Aber alleine kämen sie nicht weiter. Es gehe nicht an, daß weiterhin nichts geschehe und täglich neue Altlasten produziert würden.

Antrag Nr. 2 (CDU)

Kapitel 10 020 Titel 537 15 - Effizienzagentur (EfA)

Kürzung des Ansatzes von 3 Millionen DM auf 1,5 Millionen DM

Hans Peter Lindlar (CDU) erläutert, daß man sich um Kostenneutralität bemüht habe. Aus Sicht der CDU seien hier Einsparungen möglich; das zeigten die Zahlen der letzten Jahre. Dem produktionsintegrierten Umweltschutz stehe die CDU kritisch gegenüber, weil sie bisher keine Vernetzung und Abstimmung der Einzelinitiativen erkennen könne.

Dr. Bernd Brunemeier (SPD) hält es für den falschen Weg, diesen Ansatz zu kürzen. Denn wenn man vom End-of-Pipe-Denken zu einem vorsorgenden Umweltschutz kommen wolle, handele man mit dem produktionsintegrierten Umweltschutz effizient und innovativ.

Johannes Rimmel (GRÜNE) entnimmt diesem Kürzungsvorschlag, daß sich die CDU mit der Arbeit der Effizienzagentur inhaltlich nicht auseinandergesetzt habe. Von Unternehmen, Verbänden und Institutionen, die mit der Effizienzagentur zusammenarbeiteten, erhalte man positive Rückmeldungen. Die Arbeit der Agentur, die jetzt anlaufe, sei effektiv und sollte politisch unterstützt werden.

Hans Peter Lindlar (CDU) präzisiert, daß die CDU lediglich der Meinung sei, daß für das Anlaufen der Agentur in diesem Jahr keine 3 Millionen DM gebraucht würden.

StS'in Friedrich (MURL) macht deutlich, daß die Effizienzagentur die einzige dieser Art in Deutschland sei. Nordrhein-Westfalen könne sehr stolz auf diese Agentur sein. Der Geschäftsbesorgungsvertrag sei im Juni 1998 abgeschlossen worden; der Aufbau sei im wesentlichen 1998 begonnen und in der ersten Hälfte 1999 beendet worden. In diesem Jahr werde man etwas mehr als 2 Millionen DM ausgeben. Wenn die begonnene Arbeit, die im ganzen Land vor allem von den kleinen und mittelständischen Unternehmen anerkannt werde, fortgesetzt werde, benötige man im nächsten Jahr die etatisierten 3 Millionen DM.

Antrag Nr. 5 (SPD/GRÜNE)

Kapitel 10 020 Titel (neu) 685 10 - Zuschüsse an Vereine, Organisationen usw. zur Förderung von Umweltmanagementsystemen (Öko-Audit, ISO 14.001)

Ansatz: 500.000 DM

Johannes Rimmel (GRÜNE) bezieht sich im wesentlichen auf die schriftliche Begründung des Antrags. Durch die Landesregierung sei durch eine entsprechende Untersuchung, ein Gutachten festgestellt worden, daß gerade kleine und mittlere Unternehmen Schwierigkeiten

hätten, im Bereich Umweltschutzwirtschaft, im produktionsintegrierten Umweltschutz innovativ tätig zu werden. Der Gutachter habe vorgeschlagen, statt mit Projekt- mit Personalmitteln zu helfen, um einerseits Hochschulabgängerinnen und -abgängern und andererseits Unternehmen Möglichkeiten zu eröffnen. Diese Initiative sei in anderen Bundesländern schon erfolgreich angelaufen. Man wolle mit einem kleinen Ansatz gemeinsam versuchen, in der Umweltschutzwirtschaft eine neue Linie aufzubauen.

Hans Peter Lindlar (CDU) legt dar, daß verschiedene Anträge der CDU gezeigt hätten - etwa Stichwort: Umweltpakt -, daß die CDU die Ziele der Anträge 3 bis 5 ebenfalls unterstütze und ihnen deshalb zustimmen werde.

Antrag Nr. 6 (CDU)

Kapitel 10 050 Titelgruppe 65 - Naturnahe Unterhaltung der Gewässer 2. Ordnung
Erhöhung des Ansatzes um 16,9 Millionen DM auf 30 Millionen DM

Dr. Bernd Brunemeier (SPD) drückt seine Sympathie für diesen Antrag aus. Es stehe jedoch nicht genügend Geld zur Verfügung. Die CDU habe Erhöhungen von insgesamt 27,9 Millionen DM vorgeschlagen, für die nur unzureichende Deckungsvorschläge vorgelegt worden seien.

Clemens Pick (CDU) macht darauf aufmerksam, daß in der Abwasserabgabe noch Haushaltsreste von rund 600 Millionen DM schlummerten, so daß die Erhöhung aus der Abwasserabgabe gedeckt werden könne.

Die Diskussion, inwieweit man diese Ausgaben zur naturnahen Unterhaltung der Gewässer 2. Ordnung als gruppennützig anerkenne, habe die CDU für sich so entschieden, daß Mittel zur Unterhaltung der Gewässer 2. Ordnung aus der Abwasserabgabe freigestellt werden sollten.

Außerdem sollten Veränderungen beim Durchführungserlaß vorgenommen werden, der derzeit so hohe Eigenbeteiligungen vorsehe, daß die Landesmittel zum Teil gar nicht mehr abgerufen würden und damit die Unterhaltung der Gewässer 2. Ordnung grundsätzlich gefährdet sei.

Heinrich Kruse (Bocholt) (CDU) bestätigt, daß die Beteiligten auf die Landesmittel verzichteten, da die Auflagen derartig erhöht worden seien, daß es sich nicht mehr lohne, Landesmittel in Anspruch zu nehmen. So sei es zustande gekommen, daß die Gelder trotz der Absenkung der Mittel, die vor einigen Jahren noch über 30 Millionen DM betragen hätten, in den letzten Jahren nicht abgerufen worden seien.

Johannes Remmel (GRÜNE) macht darauf aufmerksam, daß man differenziert vorgehen müsse. Aus der Abwasserabgabe sei zwar noch Geld vorhanden, aber der größte Teil der Mittel sei gebunden. Es seien vielfältige Bemühungen im Gange, den Abfluß des Geldes zu beschleunigen. Die Geschwindigkeit des Mittelabrufs liege nicht in der Hand der Landesregierung, sondern in der Hand der Kommunen und hänge davon ab, in welcher Zeit diese die Gelder in Anspruch nähmen. Auch die GRÜNEN seien der Auffassung, daß der Mittelabfluß schneller vonstatten gehen müsse.

Er meine, die Frage sei entschieden, daß keine Gruppennützigkeit gewährleistet sei, wenn die Abwasserabgabe für Gewässer 2. Ordnung verwendet werde. Es handle sich um Pflichtaufgaben des Eigentümers, für die Zuschüsse gewährt würden. Seines Erachtens sei eine Gruppennützigkeit bei der derzeitigen Gestaltung nicht zu begründen.

Die GRÜNEN seien dafür, bei der naturnahen - die CDU betone "naturnah" nicht deutlich genug - Unterhaltung von Gewässern 2. Ordnung und ihrer ökologischen Gestaltung zu helfen, aber der vorgesehene Betrag erscheine ausreichend.

StS'in Friedrich (MURL) bestätigt die Ausführungen von Johannes Remmel.

Die von Herrn Kruse angesprochenen 30 Millionen DM, die früher im Haushalt eingestellt gewesen seien, hätten nicht der Abwasserabgabe entstammt. Die Abwasserabgabe habe nach der Rechtsauffassung der Landesregierung eine feste Zweckbindung. Die Unterhaltung der Gewässer 2. Ordnung entspreche nach der Auffassung der Landesregierung nicht der notwendigen Zweckbindung.

Zu den Verpflichtungen aus der Abwasserabgabe im Rahmen des Programms "Initiative ökologische und nachhaltige Wasserwirtschaft in NRW" sei es wichtig, zwischen bereits vergebenen und tatsächlich freien Mitteln zu unterscheiden.

Hans Peter Lindlar (CDU) weist darauf hin, daß die Staatssekretärin davon gesprochen habe, daß die Abwasserabgabe nach der Rechtsauffassung der Landesregierung eine feste Zweckbindung habe. Andere Landesregierungen sähen das jedoch anders. Die Frage der Gruppennützigkeit sei also in Deutschland nicht eindeutig geregelt.

Die Anträge, die die CDU eingebracht habe, seien gegenseitig deckungsfähig. Es fehlten lediglich die 16,9 Millionen DM, die aus der Abwasserabgabe bezahlt werden sollten. Es sei wohl kaum möglich, daß die 600 Millionen DM vollständig gebunden seien und nicht knapp 3 % oder 16,9 Millionen DM zur Finanzierung herangezogen werden könnten.

Heinrich Kruse (Bocholt)(CDU) ergänzt, daß die Unterhaltung der Gewässer 2. Ordnung eng mit der hohen Zahl versiegelter Flächen verbunden sei. Bei Gewittersturzregen würden die Wassermassen über die Gewässer 2. Ordnung abgeleitet. Aber nicht alle Bäche und Flüsse könnten mäandrierend und völlig naturnah gestaltet werden; an vielen Stellen sei das nicht möglich, sonst gebe es "Land unter".

Ansonsten sei die Aussage der Staatssekretärin korrekt, daß die früheren 30 Millionen DM aus allgemeinen Landesmitteln bezahlt worden seien; das Land habe sich aus dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zurückgezogen. Es sei auch aus ordnungspolitischen Gründen nicht in Ordnung, die Eigentümer, die fast nichts mit der Versiegelung von Flächen zu tun hätten, voll damit zu belasten.

Clemens Pick (CDU) hält es für selbstverständlich, daß die Unterhaltung der Gewässer 1. Ordnung aus Landes- und Bundesmitteln erfolge; aus der Aufgabenstellung ergebe sich dies auch für die Gewässer 2. Ordnung.

Darüber hinaus seien die Haushaltsansätze bei der Abwasserabgabe zurückgefahren worden, obwohl man wisse, daß die Abwasserabgabe im kommenden Jahr steigen werde. Dies sei auch bei der Anhörung vor 14 Tagen deutlich geworden. Wenn 1998 in der Ist-Rechnung 192,5 Millionen DM gestanden hätten, würden sicherlich die Jahre 1999 und 2000 bestätigen, daß noch Luft in der Rechnung vorhanden sei, wenn man auf 130 Millionen DM heruntergehe. Die Finanzmittel für diesen CDU-Antrag stünden also zur Verfügung.

Die Rücklagen in der Abwasserabgabe stiegen permanent. Der Ansatz sei von 300 über 400 auf 600 Millionen DM gestiegen. Für das Programm würden 300 oder 350 Millionen DM benötigt. Die Abwasserabgabe werde also bei weitem nicht aufgebraucht; sie sei eine Sparkasse des Finanzministers. Das Geld müsse einer sinnvollen Verwendung zugeführt werden; dies sei bei einem Einsatz zur Unterhaltung der Gewässer 2. Ordnung gegeben. Deshalb bitte er um Zustimmung.

Antrag Nr. 8 (CDU)

Kapitel 10 060 Titel 683 00 - Zuschüsse für die Durchführung von Untersuchungsvorhaben, Entwicklungsaufgaben sowie Planungs- und Vorsorgemaßnahmen zur Bekämpfung von Luftverunreinigungen, Geräuschen und Erschütterungen und auf dem Gebiet des allgemeinen Umweltschutzes

Erhöhung des Ansatzes um 3,6 Millionen DM auf 5,3 Millionen DM

Hans Peter Lindlar (CDU) erläutert, daß man sich mit diesem Thema beschäftigen müsse. Die CDU wolle einen Anreiz für Lärminderungspläne schaffen, da sich die Gemeinden auf diesem Gebiet zögerlich verhielten.

Johannes Rimmel (GRÜNE) führt aus, daß die GRÜNEN den Anträgen Nr. 8 und 9 nicht zustimmen könnten, weil kein Geld zur Verfügung stehe. Inhaltlich sehe man dies genauso.

Er trete allerdings dafür ein, die Landesregierung zu beauftragen, verstärkt nach einer Konzeption für ein neues Förderprogramm auf diesem Gebiet zu suchen. Bisher sei vor allem in Lärmschutzfenster investiert worden. Der passive Lärmschutz müsse weiter unterstützt werden, aber auch die Vorsorge müsse vorangetrieben werden. Vielleicht sei im nächsten Jahr eine Erhöhung möglich.

Dr. Bernd Brunemeier (SPD) ist ebenfalls der Auffassung, daß man in diesem Bereich mehr tun müsse. Der Ansatz sei ja bereits erhöht worden. Man sollte jedoch überlegen, ob eine Förderung von 80 % nicht eine Obergrenze sein müsse, da es sich nicht um eine reine Landesmaßnahme handele. Bei 90 % könne man kaum noch davon sprechen, daß sich die Verantwortlichen die Kosten teilten. Eine Förderung von 80 % signalisiere bereits, daß das Land alles tue, um den Lärmschutz anzuschieben.

Johannes Rimmel (GRÜNE) weist darauf hin, daß mit Titel 883 00, der auch in Antrag Nr. 9 genannt sei, erstmalig Investitionen mit einem Ansatz von 1,5 Millionen DM gefördert würden. Dies sei ein erster Schritt, um auf diesem Wege weiterzugehen. Wenn dann noch der konzeptionelle Rahmen hinzukomme, sei es eine runde Sache. Insgesamt sei das Anliegen also unterstützenswert.

Da sich alle Fraktionen in diesem Punkte einig seien, beantragt **Hans Peter Lindlar (CDU)** zu beschließen, das Ministerium aufzufordern, eine Konzeption für mehr aktiven Lärmschutz zu erarbeiten.

StS'in Friedrich (MURL) hätte nichts dagegen, wenn man hier über mehr Geld verfügen könne, weil man dann effektiver und schneller arbeiten könnte. Es handele sich um ein Kernstück des technischen Umweltschutzes, der auf diesem Felde nach wie vor sehr wichtig sei, wegen der großen Probleme nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern im ganzen Bundesgebiet. Sie halte es für sinnvoll, daß das Ministerium darlege, welche Konzepte man sich vorstellen könne, um das Anliegen für die Beratungen des nächsten Haushalts zu befördern. Diesem Wunsche komme man gerne nach. Man werde eine Bilanz des Erreichten aufstellen und herauskristallisieren, wo künftige Erweiterungen möglich wären.

Vorsitzender Klaus Strehl hält fest, daß der Ausschuß die Landesregierung bitte, bis zur Osterpause des Jahres 2000 einen entsprechenden Bericht zu erstellen, damit man möglicherweise für das übernächste Haushaltsjahr 2001 disponieren könne.

gez. Klaus Strehl

Vorsitzender

13.12.1999/14.12.1999

230